

Frauenbeitrag

Reform der Hebammenausbildung

Wer Hebamme werden will, muss zukünftig an der Hochschule studieren. Das besagt ein Referent*innenentwurf, den das Bundesgesundheitsministerium im März veröffentlicht hat.

Es gibt zwei Gründe für eine vollständige Akademisierung des Hebammenberufs in Form eines dualen Studiums.

Erstens erfordert eine EU-Richtlinie für alle Mitgliedstaaten die Überführung der Hebammenausbildung an die Hochschulen bis zum 18. Januar 2020. In allen EU-Mitgliedstaaten außer in Deutschland findet die Hebammenausbildung zurzeit an Hochschulen statt. Dies hat bereits Folgen für diejenigen Hebammen, die sich im europäischen Ausland bewerben: Obwohl eine Richtlinie die automatische Anerkennung innerhalb der EU festschreibt, wird Hebammen mit deutschem Abschluss häufig mit Hinweis auf die niedrigere Qualifikation nur ein Arbeitsplatz auf einem niedrigeren Qualifikationsniveau angeboten.

Zweitens sind die Anforderungen an die Geburtshilfe gestiegen. „Hebammen sollen den Anforderungen des komplexer werdenden Gesundheitssystems durch eine anspruchsvolle, stärker wissenschaftlich ausgerichtete und gleichzeitig berufsnahe Ausbildung begegnen können“, heißt es im Entwurf. Die Gesundheitsversorgung sei in den letzten Jahrzehnten insgesamt, auch für die Hebammen, anspruchsvoller geworden. Hebammen arbeiten sehr selbstständig und unabhängig – ein Alleinstellungsmerkmal im deutschen Gesundheitssystem. Sie müssen über umfassende Kenntnisse und aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse verfügen, komplexe physiologische und psychische Prozesse begleiten und einer großen Verantwortung gerecht werden. Hebammen arbeiten bereits heute auf einem Niveau, das akademischen Ansprüchen gerecht wird.

Nach Ansicht der Frauen im SoVD muss jedem Baby, jeder werdenden Mutter und der gesamten Familie der beste Start ins Leben ermöglicht werden. Hebammen übernehmen heute viel mehr Aufgaben als noch zum Beispiel in den 1980er-Jahren. Daher begrüßen die Frauen im SoVD grundsätzlich die Akademisierung der Hebammenausbildung, insbesondere wegen der Aufwertung dieses Frauenberufes sowohl gesellschaftlich und finanziell als auch in der Stellung der Hebammen gegenüber den Ärzten.



Dr. Simone Real
Referentin für Frauen- und Jugendpolitik

Broschüre zur Grundsicherung im Alter

Aktualisierter Ratgeber

Die SoVD-Broschüre zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach SGB XII erfreut sich großer Nachfrage. Da es seit Erscheinen einige rechtliche Änderungen gegeben hat, ist jetzt eine überarbeitete und aktualisierte Auflage erschienen.



Kostenlos: die neue Broschüre.

Die Neuauflage beantwortet unter anderem Fragen zum Grundbedarf, zur Anrechnung von Vermögen und Einkommen und sie erklärt, wie man sich gegen einen Bescheid wehrt.

„Die Grundsicherung – Ihr gutes Recht“ gibt es kostenlos zum Download im Internet unter: www.sovd.de/broschueren oder per Post: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Versand, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Bitte legen Sie einen mit 1,20 Euro frankierten, an Sie adressierten DIN-C4-Briefumschlag bei.

Nordrhein-Westfalen

Aktionen für bezahlbares Wohnen

Wohnen ist ein Menschenrecht! Das betonen Aktionen des Bündnisses für bezahlbaren Wohnraum, dem der SoVD NRW angehört. „Zieh doch selber um!“, „Miet-Haie zu Fischbrötchen!“, „Reiche Eltern für alle!“ – Mit Humor und Sarkasmus machten sich Tausende Demonstranten in Köln am 6. April Luft.

Damit brachten sie zum Ausdruck, wofür das Bündnis „Wir wollen wohnen!“ in ganz NRW seit Wochen kämpft: Das Land braucht mehr Wohnungen, die man sich leisten kann. Köln war eine Station von vielen, aber mit dem komplett gefüllten Heumarkt ein Highlight. Für den SoVD hielten Kreisvorsitzender Pierre Koch und sein Team die Fahnen hoch – in dem Fall wörtlich. Dazu sorgten die Musiker Björn Heuser und Gerd Köster mit Band dank mitreißender Lieder für eine besondere Atmosphäre.

Auch in Bielefeld, Neuss, Düsseldorf, Essen, Bochum und Münster gab es Aktionstage. Die Federführung hatte der Deutsche Mieterbund NRW, doch natürlich brachten sich alle Bündnispartner nach Kräften ein: DGB, Caritas, Diakonie, SoVD NRW und viele weitere.

In Bochum demonstrierten 50 SoVD-Mitglieder aus den Kreisen Bochum und Herne. Jens Eschmann, Jurist und Sozialberater beim SoVD Bochum, bekam viel Aufmerksamkeit für seinen Vortrag über Hartz-IV-Beziehende, die einen Teil ihres Regelsatzes opfern, um in ihrer Wohnung bleiben zu können.

Alle waren bei den Aktionen eingeladen, die Petition zu unterschreiben. Die Listen gehen bald an die Landesregierung. Parallel beteiligten sich über 12.500 Menschen im Internet: Auf <https://weact.campact.de/>



Der SoVD NRW war unter anderem auf der Kölner Demo aktiv.

petitions/wir-wollen-wohnen kann man sich noch eintragen.

Die Kampagne bewies schon, dass es lohnt, sich zusammenzuschließen und gemeinsame Forderungen gemeinsam zu kommunizieren. Erstens gab die Landesregierung nach: Mehrere Regelungen zum Mieterschutz werden vorerst doch nicht auslaufen, ein Riesenerfolg! Zweitens gab es mehrere Interviewanfragen an den SoVD. Landespressesprecher Matthias Veit erklärte im WDR- und Privatfernsehen, es sei alternativlos, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Bündnissprecher Hans-Jochem Witzke, Vorsitzender des Deutschen Mieterbundes NRW, thematisierte in der „Aktuellen Stunde“ (WDR) den Mangel an barrierefreien Wohnungen, seit

Langem ein Kernanliegen des SoVD. Das Medienecho war also groß. Endlich wird realisiert, dass Wohnen zu einer sozialen Frage geworden ist, die die Gesellschaft zu spalten droht!

Der SoVD fordert nun Konsequenzen: mehr Wohnraum in öffentlicher Hand! Zu viel hat die Politik dem Markt, der gewinnorientierten Privatwirtschaft überlassen. Die schwarzgelbe Landesregierung und die Kommunen müssen sich wieder für bezahlbaren, barrierefreien, geförderten Wohnungsbau einsetzen. Der Zuzug in Ballungszentren und Großstädte ist ungebrochen. So steigt die Gefahr, dass Menschen gegeneinander ausgespielt werden und sich das politische Klima verschlechtert. Hier gilt es, gegenzusteuern – mit einer sozialen Wohnungspolitik.

SoVD im Gespräch

Wiefunktioniert ein Verband? Wie sieht die Arbeit von Frauen in Führungspositionen aus? Die 13-jährige Silvia Krauß von der Wilma-Rudolph-Oberschule in Steglitz-Zehlendorf und die 14-jährige Tamara Izmirlı vom Leibniz-Gymnasium in Kreuzberg nutzten den Girls' Day, um sich in der SoVD-Bundesgeschäftsstelle zu informieren.

Die Achtklässlerinnen lernten Bundesgeschäftsführerin Stephanie Rinke und Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack kennen. Auch die Abteilungsleiterinnen Sandra Fehlberg (Finanzen), Anne Reche-Emden (Bundesrechtsabteilung) und Veronica Sina (Redaktion & digitale Medien) gaben Einblicke in den Alltag.



Foto: Wolfgang Borrs

V.l.: SoVD-Bundesgeschäftsführerin Stephanie Rinke, studentische Hilfskraft Basia Braun, Silvia Krauß, Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack, Tamara Izmirlı und der Abteilungsleiter Sozialpolitik, Fabian Müller-Zetzsche, der durchs Haus führte.